

## Beschluss 7. Landesparteitag vom 11. -12. Oktober 2014 in Wetzlar

### **Freihandelsabkommen stoppen!**

Das transatlantische Handels- und Investitionsschutzabkommen TTIP wird seit 2013 zwischen der EU und den USA hinter verschlossenen Türen verhandelt. Das mutmaßlich weitgehend deckungsgleiche - derzeit aber noch geheime - Abkommen CETA mit Kanada soll Ende September 2014 unterschrieben werden und anschließend einen Ratifizierungsprozess durchlaufen, der wohl rund zwei Jahre dauern wird. Parallel finden ebenfalls geheime multinationale Verhandlungen unter Beteiligung der EU über das TiSA-Abkommen statt, mit dem der Freihandel bei Dienstleistungen forciert werden soll. Diese Abkommen müssen gestoppt werden. Der Widerstand wächst aus gutem Grund:

- Mit der Verhandlung über Standards wird massiv eingegriffen in alle Lebensbereiche der Menschen. Es wird erheblicher Druck entstehen zur Absenkung von Standards und Schutzvorschriften auf dem jeweils niedrigsten Niveau. Dies kann den Schutz und die Rechte von Arbeitnehmer\*innen ebenso betreffen wie Umweltstandards oder die zarten Regulierungen des Finanzsektors im Gefolge der Finanzkrise. Bedroht ist die öffentliche Daseinsvorsorge genauso wie der Verbraucherschutz, unser Gesundheitswesen, die Kulturförderung und das Urheberrecht.
- Wenn den Banken und Konzernen politische Entscheidungen nicht passen, sollen sie die Möglichkeit erhalten, die jeweiligen Staaten und Körperschaften auf "Schadensersatz" wegen entgangenen Gewinnen zu verklagen. Diese Klagen sollen dann nicht vor einem ordentlichen Gericht, sondern in "Schiedsverfahren" geklärt werden, die sich jeglicher demokratischer und rechtsstaatlicher Kontrolle entziehen. Solche Schiedsverfahren gab es schon zu Hunderten. In 70% der bekannten Fälle endeten sie mit Entscheidungen zugunsten der Unternehmen.
- Noch schlimmer ist der "Rat für regulatorische Kooperation", der eingerichtet werden soll. Mit diesem Gremium soll den Banken und Konzernen und ihren Verbänden die Möglichkeit gegeben werden, künftig bei jedem Gesetzgebungsverfahren auf allen politischen Ebenen sicherzustellen, dass der Freihandel nicht eingeschränkt wird. Die Wirtschaft wird also der Politik diktieren, was sie zu tun und zu lassen hat.
- Des Weiteren droht ein Verbot von Rekommunalisierung. Einmal privatisierte kommunale Betriebe, wie zum Beispiel die Wasserversorgung, die Verkehrsbetriebe oder die Abfallentsorgung dürften dann nicht mehr in öffentliche Hand zurückgeführt werden. Genau dies passiert jedoch aktuell immer wieder, da die privaten Leistungen zu teuer oder zu ineffizient sind.

Der Handlungsspielraum der Gemeinden würde durch diese Vorschrift massiv eingeschränkt.

Dagegen gilt es, sich zu wehren: Wir brauchen eine breite Bewegung in den an den Verhandlungen beteiligten Ländern. Dazu wollen wir beitragen.

- DIE LINKE. HESSEN unterstützt aktiv die Bildung lokaler Bündnisse gegen die Freihandelsabkommen.
- DIE LINKE. HESSEN bewirbt aktiv die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA.
- DIE LINKE. HESSEN beteiligt sich am  
- "Europaweiten, dezentralen Aktionstag gegen TTIP, CETA, TiSA und die Freihandelsagenda"

- am Samstag, 11. Oktober 2014

- DIE LINKE. HESSEN unterstützt die in Gründung befindliche Gewerkschafter\_inneninitiative gegen die Freihandelsabkommen.
- DIE LINKE. HESSEN bittet die kommunalen Fraktionen der Partei DIE LINKE, Resolutionen zu den lokalen Auswirkungen der Freihandelsabkommen in die kommunalen Vertretungskörperschaften einzubringen.
- Der Landesvorstand DIE LINKE. HESSEN wird aufgefordert, einen Aktionsplan gegen die Freihandelsabkommen zu entwickeln.